

Ein Erbe als Eintrittskarte

Wie die Bundesregierung in Vietnam die Gunst der Stunde nutzt

Einen "Eiertanz" sagten Experten voraus, als der Staatssekretär des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit (BMZ), Hans-Peter Repnik im November vorigen Jahres zur Wiederaufnahme der Entwicklungsbeziehungen in die Sozialistische Republik Vietnam reiste. Das Dilemma: Die Amerikaner hatten deutlich Druck gemacht, um Bonn auf ihren eigenen Boykottkurs zu verpflichten. Das wurde – freilich nur hinter vorgehaltener Hand – von hohen Beamten des Auswärtigen Amtes zugegeben.

Andererseits aber geben sich seit geraumer Zeit die Japaner, Franzosen und Engländer in dem südostasiatischen Land die Klinke in die Hand. Delegation um Delegation reist an, um rechtzeitig den Fuß in die Tür des erhofften Wirtschaftswunders zu bekommen. Die Bundesdeutschen mußten sich beeilen, ein paar Pluspunkte in Hanoi zu sammeln, bevor der Markt aufgeteilt war.

Experten vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik (DIE) in Berlin hat-

ten überdies empfohlen, den Kurs Richtung Marktwirtschaft mit kräftigen Investitionen zu unterstützen, denn, so die Begründung, "aus eigener Kraft dürfte Vietnam nicht in der Lage sein, die Reformpolitik längere Zeit fortzuführen."

Und schließlich hatte die Wiedervereinigung Deutschlands dem BMZ auch in den sozialistischen Ländern der sogenannten Dritten Welt die Hinterlassenschaft der DDR beschert. Die Erben waren darüber nach eigenem Bekunden nicht sonderlich glücklich, entspräche doch die Entwicklungszusammenarbeit der DDR mit Vietnam "nicht den bundesdeutschen Kriterien für Entwicklungshilfe", wie es ein Beamter des BMZ formulierte.

Gleichwohl aber wolle das Ministerium in Vietnam zur Tat schreiten, um, so Staatssekretär Repnik, "keine Entwicklungsruinen zu hinterlassen". Die Absicht klang vernünftig. Sie hatte überdies den begrüßenswerten Effekt, sogar den Amerikanern einzuleuchten: Dafür hätten sie "Verständnis gezeigt", freute sich

Repnik in Hanoi. Und damit schien die Kuh vom Eis: Einstieg in die Entwicklungshilfe zum Punkte-Sammeln in Hanoi bei gleichzeitigem Gehorsam gegenüber den USA.

Denn die Deutschen taten zwar ihre Pflicht – aber sie taten sie sparsam genug, um die Amerikaner nicht zu vergrätzen. Nur ein Teil der DDR-Projekte in Vietnam sollte überhaupt fortgeführt werden, die finanzielle Zusammenarbeit wurde auf ein Minimum beschränkt.

Der andere deutsche Staat hatte – so die Bestandsaufnahme der DIE-Experten Peter Wolff und Detlef Radtke – dem sozialistischen Bruderland zwischen 1986 und 1989 153 Mio. DDR-Mark allein aus Mitteln der Soli-Hilfe, also aus Spenden der Bevölkerung, zukommen lassen. Damit wurde eine Reihe von Projekten finanziert, wie etwa die Aus- und Fortbildung von Studenten und Fachkräften in der DDR und das "Krankenhaus der Freundschaft DDR-Vietnam". Die Bevölkerung in ländlichen Gebieten wurde mit Medikamenten, Schulmaterial, Bekleidung und Haushaltsgeräten beliefert. Und schließlich finanzierte die Soli-Hilfe die Einrichtung von Handwerksstätten und ein Orthopädiezentrum.

Im Rahmen der Regierungszusammenarbeit war darüberhinaus für den Zeitraum zwischen 1986 und 1990 ein Kreditrahmen von 350 Mio. Mark ver-



Kautschukverarbeitung

Foto: Stefan Marins

einbart worden. Das Geld war im wesentlichen für sogenannte integrierte Entwicklungsprojekte bestimmt: So hatte Hanoi auf 10.000 ha verwilderter Waldflächen in der Provinz Dac Lac Kaffee anpflanzen und 70.000 Menschen aus den dichtbevölkerten Teilen des Landes ansiedeln lassen – allerdings zwangsweise, wie mittlerweile auch der damals für die Entwicklungszusammenarbeit mitzuständige Dieter Knöfel einräumt.

Das Großprojekt beinhaltete aber nicht nur den Anbau von Kaffee und – später Kautschuk –, sondern auch eine komplette Infrastruktur mit Wohnungen, Schulen, Werkstätten, Berufsausbildung bis hin zur Versorgung mit Düngemitteln und der Energieerzeugung. Radtke und Wolff befanden 1990, das Projekt *"befindet sich noch mitten in der Durchführung"* und empfahlen *"weitere externe Zuwendungen"*.

Auch für dieses Projekt gelte, was generell bei DDR-Entwicklungshilfe festzustellen sei: die Zukunft der Unternehmungen sei nach dem Rückzug der eigenen Experten nur ungenügend abgesichert. Die Folge: ein rascher Substanzverlust und "wiederkehrender Rehabilitationsbedarf", wie es die DIE-Experten vornehm umschrieben.

Auf Besucher indes wirken Teile der Ansiedlung schlicht wie ein riesiger Schrottplatz: LKW-Wracks allerorten. Auch die Werkstätigen waren trotz Nachfrage an die vietnamesische Seite nicht zu besichtigen. Für sie allerdings und die Menschen, die dort arbeiten – nach vietnamesischen Angaben sind es um die tausend – war keine weitere Förderung vorgesehen.

Bereitwillig aber und mit großem Zeitaufwand wurden die Kautschukplantagen in allen Stadien ihres Wachstums und der Weiterverarbeitung der Delegation von Staatssekretär Repnik im letzten Jahr vorgeführt.

Schon vor dem hohen Besuch nämlich war den Kadern vor Ort klar, daß dafür Geld zu erwarten war. Nach einem Gutachten, das das BMZ hatte erstellen lassen, sollte die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) Wegebau und eine umweltgerechte Verarbeitungsanlage finanzieren außerdem den Erhalt und die Modernisierung eines Fließwasserkraftwerks, das die gesamte Gegend mit Strom versorgen sollte.

Und die mehreren tausend Kautschuk-Arbeiter hatten die Gutachter für die nächsten Jahre der Deutschen Welthungerhilfe (DWHH) anempfohlen, weil mit Erträgen aus der Kautschukpflanzung vor Ablauf mehrerer Jahre nicht zu rechnen sei.

Das Ernährungsprojekt der DWHH ist tatsächlich in diesem Sommer angelaufen: Mit der Hälfte der insgesamt 2,2 Mio. Mark, so Projektbearbeiter Stefan Jansen, erhalten die 4200 Kautschukarbeiter Brot und Lohn. Die andere Hälfte

werde für eine Diversifizierung der Lebensgrundlagen verwendet: Brunnenbau und landwirtschaftliche Produktion über die Selbstversorgung hinaus, Tierhaltung und Transportmöglichkeiten zu den Märkten.

Das Projekt des privaten Trägers ist indes das einzige, das bisher begonnen wurde. Die staatlichen Vorhaben aber sind nach Angaben des BMZ bislang noch nicht über die Evaluierungs- und Planungsphasen hinaus. Insgesamt sollen nach dem Vertrag, den Repnik im vergangenen Jahr unterzeichnete, Leistungen von 29 Mio. Mark erbracht werden.

17 Millionen davon entfielen auf die sogenannte technische Zusammenarbeit, die sich hauptsächlich auf Aus- und Fortbildung im Bankensystem und bei Klein- und Mittelbetrieben konzentriert – und 12 Mio. im Bereich der finanziellen Zusammenarbeit. Auch sie sind noch in der Prüfungsphase.

Kautschukverarbeitung, Fließwasserkraftwerk und Aufforstungsprogramm werden seit drei Jahren fleißig besucht und begutachtet – bloß passiert ist weiter nichts. Nicht einmal die wenigen Projekte also, die die Bundesrepublik aus dem Altbestand übernommen hat, sind weiter als beim Ende der DDR.

Andere freilich wurden ganz fallengelassen. Ein Orthopädiezentrum im Norden des Landes wird nicht weiter gefördert, das gleiche gilt für das Werkstättenprogramm der DDR, in dessen 150 Werkstätten jeweils bis zu 40–50 Menschen beschäftigt waren. DDR-Entwicklungshilferreferent Knöfel hatte in seinem Gutachten kurz nach der Wiedervereinigung noch eine Erneuerung des Projekts empfohlen.

Auch das Solidaritäts-Krankenhaus Viet-Duc in Hanoi wurde kurzerhand aus der Liste der Übernahme-Projekte gestrichen: zwar sind seine Verdienste auf dem Gebiet der Forschung zu Folgen des Agent-Orange-Einsatzes international anerkannt, aber Krankenhäuser gehören, so hieß es im BMZ, nun einmal nicht zu den vom BMZ geförderten Projekten. Schon bald nach der Wiedervereinigung fragte das BMZ bei Care Deutschland an – die vietnamesische Klinikleitung berichtete im vergangenen Jahr, ihnen sei die Zusage gemacht worden, daß Care übernehmen werde.

Bisher aber ist auch dort noch keine müde Mark angekommen. Die Ärzte beklagten sich im vergangenen Jahr bitter darüber, daß sie mit derzeit 40% der früheren Mittel das Krankenhaus unterhalten müßten. Wie marode das Hospital ist, führte der Klinikleiter bereitwillig vor: Operiert wird im Halbdunkel, weil die meisten der Glühbirnen über den OP-Tischen erloschen sind – neue sind nicht zu bekommen. Zwei der drei Heizkessel sind geplatzt, dem dritten gab der Klinikleiter im vergangenen Jahr nicht mehr lange.

Man habe einfach nicht gewußt, wo man anfangen sollte, erklärt Care-Vorstandsvorsitzender Klaus Nöltner die Verzögerung. Die Ärztedelegation, die er nach Hanoi geschickt hatte, hatte eine komplette neue Infrastruktur empfohlen bis hin zum Brunnenbau für die Wasserversorgung. Nöltner kam nach Diskussion und Betrachten des Bildmaterials zum Ergebnis, *"dann ist es leichter, ein ganz neues Krankenhaus zu bauen"*. Das freilich gehe über die Care-Mittel weit hinaus.

So ist auch hier, bis auf eine Handvoll Gutachten, noch nichts geschehen. Nöltner plant nun, den Vietnamesen drei neue Operationssäle komplett zu erstellen. Auch das aber ist an eine Finanzierungszusage des Bundes gebunden, denn Care trägt nur etwa ein Viertel der Mittel. Auf die Zusage aber wartet Nöltner noch.

Verzögerung also an allen Fronten. Warum?

Wer die Projekte zumindest teilweise gesehen hat, sieht ein, daß ein Einstieg schwierig ist – das völlig marode Krankenhaus mit seinen verrosteten Betten, die liegengelassenen Lastwagen im Hochland sind nur Beispiele. Verständlich, daß sich da erst einmal ein paar Gutachter kundig machen müssen. Allerdings: schon 1990 und im vergangenen Jahr vor Repniks Besuch waren Gutachten geschrieben worden – warum ist bisher weiter nichts passiert als neue Gutachten? Da habe sich, so DIE-Gutachter Radtke, die Bürokratie so richtig austoben können: So sei in einem Fall zunächst nicht klar gewesen, welche vietnamesische Organisation Träger eines Ausbildungsprojekts sei, dann sei in der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) lange diskutiert worden, welches Referat zuständig sei, dann sei die endlich für zuständig erklärte Sachbearbeiterin mit einer anderen Aufgabe wochenlang beschäftigt gewesen, und schließlich lag ein "Antrag zur Abgabe eines Auftrags" von der GTZ an die Adresse des BMZ dort seit Mai auf dem Schreibtisch, seit August gebe es "Konsens zur Auftragserteilung". Auf den Auftrag selbst aber warte die GTZ immer noch. Und dies ist nur ein Beispiel.

Radtke ist sich sicher: *"Würde es von oben massiven Druck geben, hätte alles fertig sein können"*. Amtsintern ist aber bekannt, daß für Minister Spranger Vietnam nicht unbedingt oben auf der Liste der Prioritäten steht. Und der zuständige BMZ-Abteilungsleiter Greiff nennt den Grund: "Wir haben immer noch nicht den richtigen Rückhalt, weil die Amerikaner bremsen."

Sabine Wenke

Die Autorin ist Sinologin und arbeitet als freie Journalistin zu China und Südostasien.